
Pressemitteilung

Berlin, 15. März 2016

Nr. 3/2016

Endlager-Kommission stellt sich gegen Langzeitzwischenlagerung als Entsorgungsweg – Regierung soll Zwischenlagerkonzept optimieren

Die von Bundestag und Bundesrat berufene Endlager-Kommission hat sich auf wichtige Empfehlungen zur Zwischenlagerung hoch radioaktiver Abfälle verständigt. Bei ihrer 23. Sitzung sprach sich die Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe am Montag in Berlin einmütig gegen eine Langzeitzwischenlagerung der Abfälle aus. Eine Entscheidung für eine Langzeitzwischenlagerung „wäre mit dem Eingeständnis verbunden, dass unter den heutigen Sicherheitsanforderungen, der heutigen Risikowahrnehmung und den heutigen gesellschaftlichen Randbedingungen keine Lösung für den dauerhaften Umgang mit hochradioaktiven Abfällen gefunden wurde“, stellte die Kommission einmütig bei der Diskussion des Entwurfs ihres Berichtes fest. Die Langzeitzwischenlagerung überlasse heute notwendige Entscheidungen über den Umgang mit den Abfällen künftigen Generationen.

Die Kommission will zudem die Bundesregierung auffordern, das im Nationalen Entsorgungsprogramm enthaltenen „Zwischenlagerkonzept, einschließlich des am gesuchten Endlagerstandort vorgesehenen Eingangslagers, auf notwendigen Optimierungs- und Veränderungsbedarf zu überprüfen“. Wenn ein Eingangslager errichtet werde, bevor ein Endlager eine rechtskräftige Genehmigung habe, „entsteht der Eindruck einer Vorentscheidung, der Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verfahrens auslösen kann“, heißt es in einem Entwurf eines Berichtsabschnittes zur Zwischenlagerung, den die Kommission in dritter Lesung billigte. Regelmäßige Überprüfungen der Belastbarkeit des aktuellen Zwischenlagerkonzepts müssten sich auf notwendige Sicherheitsmaßnahmen, Gewährleistung der Transportfähigkeit von Behältern, ein professionelles Alterungsmanagement sowie auf Möglichkeiten zur Reparatur von Behältern und zur Umpackung von Abfällen erstrecken, verlangte die Kommission.

Einmütig sprach sich die Kommission gegen Konzepte aus, die langlebige Radionuklide aus hoch radioaktiven Abfallstoffen durch Transmutation in kurzlebige radioaktive Stoffe umwandeln wollen. Aus der Endlagerthematik ließen sich keine Argumente für eine Entwicklung der Transmutationstechnologie ableiten, heißt es im gebilligten Entwurf eines weiteren Kapitels. Daher werde aus heutiger Sicht eine aktive Verfolgung dieser Strategie nicht empfohlen. Die Kommission befasste sich zudem mit planungswissenschaftlichen Kriterien für die Auswahl eines Endlagerstandorts. Danach könnten Teile eines Endlagerbergwerks auch unter einer Stadt liegen. Von der Kommission gebilligte Entwürfe von Berichtskapiteln können Bürgerinnen und Bürger im Internet kommentieren unter:

<http://www.endlagerbericht.de>

Anfragen von Medienvertretern beantwortet: Jürgen Voges - Pressereferent - Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe, Tel.: +49 30 227-31316, Mail: juergen.voges@bundestag.de